



---

Herausgegeben  
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Johannes Rau  
Heinz O. Vetter  
Hans-Jochen Vogel  
Herbert Wehner

# Die Neue Gesellschaft 2

1983  
30. Jahrgang

*Redaktion:*  
Peter Glotz (Chefredakteur)  
Rainer Diehl  
Hans Schumacher (verantwortlich)  
Anschrift der Redaktion:  
Godesberger Allee 143  
5300 Bonn 2  
Telefon 37 80 21-25  
Telex: 8 85 479 a fest d

---

*Verlag Neue Gesellschaft*  
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2  
Postfach 20 01 89  
Telefon (02 28) 37 80 21-25  
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

---

*Redaktionsbeirat:*  
Helmut Schmidt (Vorsitzender)  
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)  
Iring Fetscher  
Martin Greiffenhagen  
Reimut Jochimsen  
Richard Löwenthal  
Susanne Miller  
Peter von Oertzen

---

---

*Die Neue Gesellschaft* erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.  
Einzelheft 6,- DM, Jahresabonnement 48,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

---

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.  
Anzeigenpreisliste Nr. 12



# INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
<b>Thema: Sicherheitspolitik</b>		
102	Olof Palme	Das Wettrüsten kann gestoppt werden. Eine schwedische Meinung
105	Egon Bahr	Sozialdemokratische Sicherheitspolitik
110	Horst Ehmke	Sicherheitspartnerschaft
114	Jonathan Dean	Über den Ersteinsatz hinaus
124	Karsten D. Voigt	Kann ein nuklearer Krieg begrenzt und kontrolliert werden?
128	Christian Krause	Was steckt hinter der Karber-Studie?
134	Françoise Sir- jacques-Manfrass	Grundzüge der französischen Sicherheitspolitik in der Ära Mitterrand
143	Hans Dieter Müller	Wettrüsten und Arbeiterbewegung Zwei Lehren aus der Geschichte
150	Ernst-Otto Czempel	Konventionell oder nuklear: Langfristige Aspekte der aktuellen Debatte
154	Peter Raabe	C-Waffen in Europa – Schicksal oder Aufforderung zum Handeln?
157	Helmut Rohde	Gesellschaftliche Aufspaltungen Perspektiven für die Arbeitnehmer in der Krise
161	Eckart Kuhlwein	Wer geduckt steht, will auch andere biegen. Was kann Bildung gegen jugendlichen Rechtsextremismus tun?
164	Rüdiger Reitz	Hilfe von unten. Kirche und Staat vor neuen Aufgaben in der Sozialpolitik
170	Peter Grottian	Für eine utopische Tarifrunde
172	Paul Neumüller	Die Arbeitslosen und Armen in den USA
175	Alfons Plag	Das abendländische Weltbild als Maß aller Dinge. Über die Notwendigkeit, sich mit der Kultur der Dritten Welt zu befassen
177	Arnim Klein	Karl Höchberg – ein fast vergessener Theoretiker des Demokratischen Sozialismus
<b>Berichte aus europäischen Ländern</b>		
180	Europäische Gemeinschaft	Unfrieden vor der Haustür
181	Dänemark	Vertrauensbruch
183	Griechenland	Keine andere Wahl
185	Großbritannien	Labours Abrüstungsoffensive
186	Irland	Labours Aufbruch nach vorn
188	Italien	Schweres Wetter
189		Leserbrief
190		Kritik

## Egon Bahr: Sozialdemokratische Sicherheitspolitik

*Egon Bahr, Jahrgang 1922, ist Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung des Deutschen Bundestages und gehörte der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit der Vereinten Nationen an.*

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist ein Teil der seit langem entwickelten und auf Dauer angelegten Entspannungspolitik. Entspannungspolitik hat sich aus einer Situation ergeben, in den frühen 60er Jahren, als die beiden Supermächte die gegenseitig gesicherte Zerstörung erreicht hatten und Krieg zur Durchsetzung eigener Ziele keine akzeptable Denkmöglichkeit mehr geworden war.

Die westliche Politik der Stärke hatte nicht verhindern können, daß die Sowjetunion zur Supermacht wurde, daß sich zu Beginn der 60er Jahre ein atomares Patt ergab. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte sah sich die Menschheit mit der Möglichkeit konfrontiert, sich auszulöschen. In einem großen atomaren Krieg könnte niemand mehr auf Sieg hoffen. Das war der Zwang zur Koexistenz. Der amerikanische Präsident Kennedy entwickelte seine „Strategie des Friedens“, nach der kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden sollte. Mit den Ländern Osteuropas sollte soviel Handel entwickelt werden, wie es möglich sei, ohne unsere Sicherheit zu gefährden, also das Gegenteil von Boykott, Bestrafung oder Sanktion.

„Der Zwang zur Koexistenz“ war der Titel dreier Vorlesungen, die der damalige Berliner Regierende Bürgermeister in Harvard hielt. Er formulierte: „Kleine Schritte sind besser als große Worte“, und zog damit eine Konsequenz, sehr hart, obwohl als weich beargwöhnt, in dem von ihm beeinflussbaren kleinen Rahmen. Passierscheine machten die Mauer durchlässig, die niemand beseitigen konnte. Was hier im Kleinen geprobt wurde, geschah im Großen mit dem Teststoppabkommen: Man begann im Westen Folgerungen daraus zu ziehen, daß man der anderen Seite den eigenen Willen nicht aufzwingen könne, sondern sich im gegenseitigen Interesse miteinander arrangieren müsse. Die Politik der Entspannung begann. Sie wurde als politischer Prozeß definiert, ohne grundsätzliche Kräfteverschiebungen, ohne Aufgabe von Grundsatz- oder Rechtspositionen, der immer wachsende Teilbereiche regeln wollte in der Absicht,

über ein friedliches Nebeneinander zu einem begrenzten Miteinander zu kommen.

Die Priorität zur Verhinderung eines Kernwaffenkrieges oder eines begrenzten Konfliktes aus Versehen ließ über dem „Gleichgewicht des Schreckens“ erste Konturen einer globalen Atomsicherheit entstehen. Die beiden Bündnissysteme NATO und Warschauer Vertrag, zur gegenseitigen Abwehr gebildet, sollten zusätzlich den Charakter von Entspannungsfaktoren erhalten. Neben die Sicherheit durch Verteidigung sollte zunehmend Sicherheit durch Vereinbarung treten, neben die Sicherheit durch die Bündnisse bündnisüberwölbende Vereinbarungen. Potentiell wurden amerikanisch-sowjetische Absprachen wichtiger als die NATO und der Warschauer Vertrag. Was einige als Komplizentum fürchteten, gab in Wahrheit allen mehr Sicherheit. Der Inhalt (Sicherheit durch Zusammenarbeit, Entspannung) wurde wichtiger als die Rüstung, die als Instrument eingestuft wurde, das man nicht vernachlässigen dürfe.

Zwanzig Jahre später haben sich die Voraussetzungen nicht verändert, die Anfang der 60er Jahre zur Entspannungspolitik führten. Im Gegenteil: Die Waffen sind gefährlicher, neue Systeme destabilisierender geworden und die gegenseitig gesicherte Zerstörung wurde perfektioniert. Die Verwundbarkeit beider Seiten wird größer. Das „Fenster der Verwundbarkeit“ ist für keinen mehr zu schließen. Die Versuche, es dennoch zu tun, sind gefährlich und sinnlos. Würde es einem gelingen, könnte er in Versuchung kommen, das eigene kalkulierbare Risiko benutzen zu wollen. Es gibt nicht nur keine Überlegenheit mehr, die militärisch anwendbar würde, es ist nicht zu wünschen, daß sie noch einmal entsteht. Global ist Entspannung heute wie vor zwanzig Jahren die einzige Perspektive des Überlebens.

### Reideologisierung

Die Entspannungspolitik verlangt nicht die Liebe zu Kommunisten, sondern die Liebe zum Frieden. Die heftigsten Einwände gegen die Entspannung haben in den letzten Jahren die Neokonservativen erhoben. Wer über sie spricht, kann den Empfehlungen der deutschen Konservativen folgen, die vor einer Äquidistanz zu Amerika und der Sowjetunion warnen; denn wir können uns ausschließlich den amerikanischen Freunden zuwenden. Neokonservatives Denken ist ein Erzeugnis, made in USA, wie Coca Cola mit der Chance, daß es auch weltweit gebraut und getrunken wird, aber hoffentlich und voraussichtlich nicht mit der Chance, ein solcher „Dauerrenner“ zu sein, sondern eine Mode zu bleiben.

So sehr die amerikanische Tendenz zu verstehen ist, nach dem Schock von Watergate, dem verlorenen Vietnam-Krieg und der tief erlebten Demütigung durch den Iran, nach Wiederbelebung der alten Ideale, nach moralisch fundierter Haltung zu rufen, so bedenklich ist jedenfalls außenpolitisch ein Ergebnis, das auf der einen Seite den Anspruch auf Überlegenheit erhebt und gleichzeitig von der tiefen Überzeugung getragen wird, daß man dazu nicht nur das Recht habe, sondern im Besitz des Guten schlechthin sei. Die bekannten Aussprüche Reagans und Weinbergers, wonach der Sowjetunion Lug und Trug recht seien und man schon deshalb gewissermaßen gottgefällig handle, wenn man ihren Zusammenbruch betreibe und dafür Sorge, daß sich der Kommunismus mit einem Winseln aus der Weltgeschichte verabschiede, sind ideologisches Denken.

Ein solches ideologisches Denken ist einfach, es gestattet die Schwarz-Weiß-Zeichnung, es gefällt sich in der Geborgenheit eines geschlossenen Systems, ist also als Antwort auf die gesellschaftliche Pluralität und Permissivität der Gesellschaft verständlich, findet es leicht, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden, und ist natürlich angelegt auf Gewinnen, auf Sieg, auf den Sieg über das Böse, auf den Sieg über den Kommunismus.

Das Ganze ist nicht wirklich neu. Wir hatten es schon im Mittelalter. Es ist die gleiche Haltung, in der es möglich war, Hexen zu verbrennen, mit dem Gefühl, etwas Gutes zu tun. Es ist das Gegenteil der Vorstellung der amerikanischen Bischöfe, auch im Gegner den Menschen als Ebenbild Gottes zu sehen. Wir hatten gehofft, daß dieses Denken aus der Geschichte verschwinden könnte und müssen erkennen, daß der eigentliche politische Kampf noch bevorsteht. Denn anders als im Mittelalter oder bei der Vernichtung von Indianern, dekadenten Franzosen, Juden und anderen Untermenschen, Schwarzen oder Palästinensern kann man sich den makaberem Luxus des alten Denkens nur noch leisten, wo die Gefahr nicht besteht, durch die Entfesselung des Atomkrieges den Untergang der Menschheit zu riskieren.

#### Politik der Entspannung

Es ist natürlich kein Zufall, daß die Politik der Entspannung, wie sie durch die sozialliberale Koalition seit 1969 gemacht worden ist, etwas ganz anderes gewollt und erreicht hat. Diese Politik hat erreicht, daß die Ideologie eben nicht mehr an der ersten Stelle der Auseinandersetzung steht. Wir haben als Ergebnis unserer Erfahrungen aus den 50er Jahren und bis zum Bau der Mauer erkannt, daß die Dekla-

ration selbst berechtigter Ansprüche allein nicht hilft. Der Glaubenskampf, den wir in Deutschland gegen die Kommunisten wahrlich geführt haben, bis hin zu jener heute wahnwitzig anmutenden Haltung, die Adenauer in die Formulierung gegossen hat, daß es ohne deutsche Einheit keinen Frieden gäbe, hat gelehrt, daß das Gegenteil richtig ist. Kein Ziel kann erreicht werden, wenn es keinen Frieden gibt. Der ideologische Kreuzzug bis zum Sieg über den anderen, notfalls mit dem Einsatz von Gewalt, ist im Atomzeitalter nicht mehr zu vollenden, weil man vor dem Abgrund zurückschreckt.

Der ideologische Krieg oder der Kalte Krieg ist bestenfalls ein Umweg, zeitraubend und gefährlich, um zu der Erkenntnis zu gelangen, daß man doch den Frieden sichern, die letzten Konsequenzen nicht wagen kann, Gewaltverzicht dominierend bleibt, Vereinbarungen mit dem Gegner getroffen werden müssen – das heißt, daß man entspannen muß. Priorität ideologischen Denkens war allenfalls im voratomaren Zeitalter möglich. Heute führt es entweder zur Katastrophe oder zur rechtzeitigen Umkehr, oder es wird zu einer leeren Hülse, um Menschen und Völker zu beherrschen und sie geneigter zu machen, zusätzliche Bürden für die Rüstung mit dem zusätzlichen Abbau sozialer Leistungen zu bezahlen.

Natürlich hat auch die sozialliberale Koalition zu keiner Zeit geleugnet, daß ideologische Unterschiede und nicht zu überwindende Differenzen zwischen Kommunismus und Demokratie, nicht zuletzt der Sozialdemokratie, weiter existieren. Aber sie müssen eben untergeordnet werden dem obersten Prinzip des Friedens. Der Friede ist Voraussetzung, um ideologische Unterschiede ohne das Risiko des gemeinsamen Untergangs austragen zu können. Auch Kommunisten sind unentbehrliche Partner des Friedens, damit sie als ideologische Gegner erhalten bleiben, damit die Geschichte entscheiden kann. Ich denke, das wird im Osten auch so gesehen. Wir erkennen kein Ziel, das einen militärischen Konflikt wert wäre, die Lösung der deutschen Frage nicht und Freiheit für Polen ebenso wenig wie zu einem früheren Zeitpunkt für Ungarn.

#### Strategie der Konfrontation

Die schrecklichen Aussprüche der ersten Wochen und Monate der Reagan-Administration sind nicht mehr zu hören. Was bleibt, ist schlimm genug. Es ist ein modifiziertes Konzept, darauf angelegt, eine Strategie zum Zusammenbruch der Sowjetunion durchzuführen. Es enthält eine Hochrüstung, die Moskau in eine ähnliche wirtschaftliche Anstrengung zwin-

gen will, und die Gleichzeitigkeit eines Wirtschafts- und Handelskrieges, der ihr dafür die Mittel möglichst beschneiden will. Getreide zu liefern, das mit harten Devisen bezahlt werden muß, und die Ablehnung einer Erdgas-Linie, durch die Moskau langfristig harte Devisen verdient, oder, nachdem das am Widerstand der Europäer gescheitert ist, Handelsrestriktionen: das ist kein Widerspruch, sondern zeigt ein geschlossenes, durchdachtes Konzept. Es bedeutet den Versuch, die Sowjetunion, geographisch, wirtschaftlich und politisch zu zernieren, einzuklammern, einzudämmen und gleichzeitig oppositionelle Tendenzen innerhalb des Blocks, seien es Dissidenten oder Solidarnosc, zu benutzen, bis zu der Linie, deren Überschreitung den bewaffneten Konflikt, also die eigene Gefährdung bedeuten könnte. Es darf keine heißen Kriege geben, darin sind sich alle einig, aber der Kalte Krieg, der Weg am Rande des Abgrunds wird begonnen.

Das ist eigentlich die Absage an das Prinzip der friedlichen Koexistenz. Friedliche Koexistenz, wie sie in Helsinki ihren multinationalen Ausdruck gefunden hat, leugnet nicht die Unterschiede politischer Systeme und ideologischer Auffassungen. Aber sie sagt, daß man zunehmend neue Sektoren gemeinsamer oder ähnlicher Interessen regeln will, um durch Zusammenarbeit den Frieden zu sichern. Kalte Konfrontation oder Erweiterung der Zusammenarbeit, das ist die Frage zwischen Neokonservatismus und Entspannung. Es ist die Frage zwischen Amerika und Europa.

Konfrontation führt zweifelsfrei zu einer Zunahme militärischen Denkens, militärischer Prädominanz über politisches Denken. Sie führt damit zu einer Schwächung Europas, zur leichteren Beherrschung der westeuropäischen Länder durch die USA. Die Stärke Europas, Politik und Wirtschaft, muß zurücktreten, wenn die Verteidigung, sprich die NATO, das

Zeichnung von Kämelharb



„Zwei Armeen, die sich bekämpfen, sind eine große Armee, die Selbstmord übt!“ (Henri Barbusse.)

übergeordnete Element westlicher Politik wird, ganz abgesehen davon, daß einer Revitalisierung des westlichen Blocks sicher eine solche des östlichen folgen würde.

Freiheit gegen Unfreiheit wird da zur Disziplinierungskeule, als ob die Verfechter der Entspannung die Freiheit nicht ebenso gesichert hätten und sie im Gegenteil nicht sogar Menschen gebracht haben, freilich nur sehr begrenzt, die sie bisher so nicht kannten. Wenn diese Politik sich durchsetzt, kann man den Menschen in der DDR und in der CSSR, in Polen und sonstwo nur sagen: Laßt alle Hoffnung fahren. Ihr werdet mit dem Verlust dessen, was in den letzten Jahren erreicht wurde, bezahlen müssen für die Rückkehr zu einer Politik, die schon einmal gescheitert ist.

#### **Sicherheitspartnerschaft**

Die SPD hat die Idee der Partnerschaft zur Sicherheit entwickelt. Sie geht von der Erkenntnis aus, daß Krieg nicht mehr gewinnbar und Zerstörung nicht auf eine Seite zu beschränken ist. Im Falle eines Konflikts wäre es nicht nur das Ende der Bundesrepublik, sondern auch das Ende der DDR. Vereint im Untergang – das ist keine akzeptable Perspektive. Unsere Sicherheit ist die der DDR und umgekehrt. Man kann gleiches für Frankreich und Polen sagen oder für die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Das Ergebnis dieser Erkenntnis ist, daß Sicherheit vor dem Gegner nicht mehr verlässlich erreichbar ist, sondern nur noch mit dem potentiellen Gegner. Es gibt nur noch gemeinsam Sicherheit, und dafür sind alle Partner, nicht obwohl sie potentielle Gegner sind, sondern gerade weil sie es sind.

Wir übersehen natürlich nicht, daß sich dieses Denken heute weder in Washington noch in Moskau findet. Dort ist man nach wie vor auf die Doktrin der Abschreckung fixiert. Abschreckung ist im Grunde eine Übergangsdoktrin. Sie verbindet die alte Vorstellung der eigenen ausreichenden Stärke, vielleicht der Überlegenheit, jedenfalls einer Stärke, um notfalls Krieg gewinnen zu können, mit der Erkenntnis partieller Vereinbarung. Partielle Vereinbarung, etwa auf dem Gebiete der interkontinentalen Raketen, heißt Anerkennung des gleichen Risikos, des Verzichts auf Überlegenheit und insoweit der gleichen Sicherheit. Auf diesem Sektor gibt es schon eine Art von Partnerschaft. Aber sie ist nicht umfassend.

Es gibt bisher keine Vereinbarungen, die unterhalb der beiden Supermächte und der interkontinentalen Waffen für Mittel- und Kurzstreckenraketen, für Gefechtsfeldwaffen und konventionelle Truppen-

stärken getroffen worden sind. Auch aus diesem Grunde ist die in den Vereinigten Staaten begonnene Diskussion über die Begrenzbarkeit von Kriegen gefährlich und nicht akzeptabel.

Unsere Perspektive ist politisch. Partnerschaft zur Sicherheit ist eine politische Forderung, die, wenn sie politisch akzeptiert ist, auf militärischem Gebiet angewendet werden muß. Erst wenn man den anderen als Partner der gemeinsamen Sicherheit versteht, kann es möglich werden, Vereinbarungen zur Nichteinführung neuer Waffensysteme zu treffen, d. h. die Spirale der sich ständig eskalierenden Rüstung zu stoppen; erst dann kann es möglich werden, wirkliche Reduktionen in der Bewaffnung vorzunehmen. Die Rüstungskontrollverhandlungen leiden bisher darunter, daß jede Seite sich Vorteile gegenüber der anderen verschaffen will. Obwohl es unwahrscheinlich ist oder jedenfalls gefährlich wäre, sich Vorteile verschaffen zu können, die nur unter unannehmbarem Risiko ausnutzbar wären.

#### **Das Bündnis als Instrument**

Die Partnerschaft zur Sicherheit würde allen Beteiligten mehr Sicherheit bringen. Was eigentlich wollen wir mehr? Sie verlangt natürlich, daß wir die Bündnisse, so wie sie sich entwickelt haben, als Faktoren der Stabilität erkennen. Darüber hinaus: Es gibt keine Sicherheit ohne oder gegen Amerika und es gehört zu den Erfolgen der sozialliberalen Koalition, auch die sowjetische Anerkennung im Viermächte-Abkommen und in Helsinki dafür erreicht zu haben, daß man Sicherheitsfragen in Europa nicht ohne oder gegen Amerika lösen kann. Unser Ja zum Bündnis ist damit eingeschlossen, obwohl es ein Instrument ist und nicht Ziel deutscher Politik.

Wir sind berechenbare und zuverlässige Verbündete für die NATO, nicht weniger als die DDR zuverlässig im Warschauer Pakt ist. Finnlandisierungs-Sorgen sind gegenstandslos; aber gerade falls es sie in den USA geben sollte, muß die amerikanische Position in Europa und in Berlin um so sicherer und fester sein. Amerika kann weder Berlin noch die Bundesrepublik, noch Westeuropa aufgeben oder der Anpassung an Moskau überlassen. Anpassung an Moskau ist für uns ohnehin keine Alternative, zumal wir die objektiven Bedrohungspotentiale im Osten nicht übersehen können.

Der andere Gesichtspunkt ist der unserer Interessen. Die Entspannungspolitik hat uns in die Lage versetzt, mit den Staaten Osteuropas in der gleichen Selbständigkeit verhandeln zu können, wie das unsere Verbündeten schon vorher konnten. Wenn der

deutsche Bundeskanzler den Eid schwört, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden, so heißt das als Ergebnis der Entspannungspolitik, daß er unser Gewicht, unseren Kredit, unsere Selbständigkeit, unsere Verantwortung nicht mindern darf, die das Ergebnis der Entspannungspolitik sind. Daran ist seit 10 Jahren jeder Bundeskanzler zu messen. Beflissenheit reicht da nicht.

Unsere Sicherheitsinteressen sind mit denen des Bündnisses im wesentlichen identisch. In einer Reihe politischer und wirtschaftlicher Fragen gibt es zwischen Amerika und Europa unterschiedliche Interessen. Und Europa umfaßt hier Staaten und Völker in beiden Teilen Europas. Sie sind schon deutlich geworden in dem Bestreben, die Ergebnisse der Entspannungspolitik zu bewahren und möglichst zu vermehren auch in einer Phase zunehmender Gegensätze zwischen den USA und der Sowjetunion. Wir haben uns gefreut, darin einen Erfolg für alle zu sehen, der auch Belastungen standhält, sich also bewährt. Deutsche Interessen sind europäische Interessen. Sie zu wahren und zu mehren erfordert deshalb die Fortsetzung der Entspannungspolitik.

#### **So lange die Militarisierung des Denkens anhält, nimmt die Schwäche Europas zu**

So lange die internationale Politik vom interkontinentalen Raketenwettbewerb beherrscht wird, scheiden die europäischen Staaten aus, und lediglich Großbritannien und Frankreich behaupten eine Sonderposition, stark genug zur Verweigerung, über ihre Atomwaffen verhandeln zu lassen. Neben den Supermächten sind sie europäische Großmächte, so lange das Gewicht von Staaten nach militärischen Potenzen bemessen wird. In dieser Kategorie rangieren alle anderen, also nicht-atomaren Staaten unter „ferner liefern“. Ihr Gewicht, was Ideen, gesellschaftliche Errungenschaften, Kultur, Wirtschaft und Technologie angeht, kann erst dann wieder zum Tragen kommen, wenn die Rüstungen keine beherrschende Rolle mehr spielen. Wer es gut meint mit Europa, muß die Entspannungspolitik fortsetzen. Entspannungspolitik ist das Mittel, das den europäischen Staaten Gleichberechtigung gegenüber den Nuklearmächten verschafft.

Im nuklearen Bereich reduziert sich die Souveränität aller nicht-nuklearen Staaten auf das Recht, Ja oder Nein zu sagen zur Stationierung atomarer Waffen auf ihrem Boden. Das gilt auch für die beiden deutschen Staaten, die insoweit nicht mehr minderen Rechts gegenüber allen anderen europäischen nicht-nuklearen Staaten sind.

Unser Kurs bestimmt sich also in der Abwägung zwischen dem Interesse unserer Sicherheit und dem an der Fortsetzung der Entspannung. Das wird nicht leicht, wenn Amerika keine Entspannung will. Es wird leichter, wenn wir für die Fortsetzung der Entspannung Verbündete haben in West und Ost. Wenn die Europäer sich nicht beirren lassen und weiterentwickeln, was in ihrem Interesse liegt, werden sie bedeutenden Einfluß ausüben und mehr Sicherheit gewinnen, sogar für diejenigen, die heute noch glauben, sich im wesentlichen auf Raketen stützen zu sollen. Aber es kann sein, daß wir auch Nein sagen müssen, wie das im Falle des Erdgas-Röhren-Geschäftes schon einmal geschehen ist. Wir dürfen und müssen keine Politik mitmachen, die wir für falsch halten, solange die gemeinsamen Sicherheitsinteressen von allen Beteiligten gewahrt bleiben.

Wenn eine Strategie von den Menschen nicht mehr angenommen wird, weil sie im Verteidigungsfalle zerstören würde, was verteidigt werden soll, so darf sich niemand wundern, wenn – wie in Europa – der Gedanke der Verweigerung wächst. Die Völker werden sich auf Dauer nicht gefallen lassen, daß das Ritual schöner Worte, langer Verhandlungen und immer gefährlicherer Rüstung fortgesetzt wird. Ob das Militärische die Entspannung beherrscht oder ob die Entspannung auf das Militärische erstreckt wird, das ist die Frage, vor der die internationale Politik steht.

Begrenzungen von Rüstung und Truppen ohne Nachteil für beide Seiten, das ist im Grunde der Ansatz der Sicherheitspartnerschaft, die die Loyalitäten innerhalb des jeweiligen Bündnisses intakt läßt. Gemeinsame Sicherheit ist die Fortsetzung der Entspannungspolitik auf militärischem Gebiet. Das ist unsere Perspektive für den Rest des Jahrhunderts.

#### **Warnung an die Politik**

Anfang Februar wurde der 10. Jahrestag der Verhandlungen in Wien begangen; zu feiern war da nichts. Die Wiener Verhandlungen über eine ausgewogene Truppenreduktion in einem begrenzten Gebiet Mitteleuropas beginnen ein klassisches Beispiel dafür zu werden, wie Rüstungskontrollverhandlungen nicht gemacht werden dürfen. Ganz abgesehen davon, daß der Aufwand in einem erstaunlichen Mißverhältnis zur Substanz steht – Kopfstärken auf beiden Seiten sind im Zeitalter der modernen Waffen wirklich nicht mehr der Schlüssel –, ist der hartnäckige Streit um Ziffern, in dem keiner dem anderen beweisen kann, daß er recht hat, zur Unfruchtbarkeit verdammt. Die Verhandlungen könnten auch weitere zehn Jahre mit gleichem Ergebnis fortgesetzt wer-

den, wenn es keinen neuen politischen Ansatz gibt. Zum Beispiel den, sich auf gemeinsame Höchststärken zu verständigen und dann wirksam zu kontrollieren, daß die Vereinbarung ausgeführt wird.

Aber die Menschen, nicht nur in unserem Land, werden auf Dauer nicht mehr glauben, daß die Abrüstungsbeteuerungen funktionieren, wenn sie an Wien denken. In Wien wird die Glaubwürdigkeit von Abrüstungsverhandlungen zerstört. Die Möglichkeit, daß in Genf in gleicher Weise und in gleicher Länge verhandelt wird, während beide Seiten frei bleiben weiter zu rüsten, muß ausrechenbar an den Punkt führen, an dem die Bürgerinnen und Bürger glauben könnten, sie würden mehr durch Verweigerung erreichen.

Die Friedensbewegungen, die nicht an Staatsgrenzen gebunden sind, werden zur Warnung an die Politik. Dabei kann man hinzufügen, gerade nachdem wir an die 50. Wiederkehr des 30. Januar 1933 gedacht haben, daß der starke Ausdruck vom Willen zum Frieden in Deutschland kein Grund zur Beunruhigung ist.

Aus der Mitte Europas ist der Krieg begonnen worden; warum soll nicht von hier der Frieden ausgehen? Das ist der Kern unserer Sicherheitspolitik, der Entspannung und der Partnerschaft. Sie ist die einzige Perspektive, die deutsche wie die europäische, die wir sehen und der wir folgen.